

Reinhold Lopatka: Die Krise startete den Reformmotor

(In: Euro(pa)krise. Der Integrationsprozess am Scheideweg?, hg. von Klaus Poier, Wien/Graz 2013, S. 60f.)

Die Europäische Union befindet sich seit einigen Jahren in einer schwierigen, herausfordernden Lage. Die globale Finanzkrise 2008, gefolgt von einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, traf sie wenig vorbereitet, einige EU Mitgliedstaaten schlitterten in tiefe Staatsschuldenkrisen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben es aber geschafft – teilweise auf durchaus kreative Weise – rasch zu reagieren und diese nicht vorhergesehenen Umstände in den Griff zu bekommen. Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Geburtsfehler der Eurozone schonungslos aufgedeckt. Das hat dazu geführt, dass die Mitgliedstaaten nicht nur akute Krisenmaßnahmen, sondern auch tiefgreifende Reformen im Wirtschafts- und Währungsbereich in Angriff genommen haben. Gleichzeitig schulterten die krisengebeutelten Staaten Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Irland rigorose und schmerzliche Sparprogramme, die bereits erste positive Auswirkungen zeigen. Die Exporte und Wettbewerbsfähigkeit steigen, Irland plant bis Ende 2013 den Rettungsschirm zu verlassen, Portugal kehrt mit Staatsanleihen auf den Kapitalmarkt zurück. Auch zahlreiche andere EU Mitgliedstaaten unterziehen sich Spar- und Reformprogrammen, um ihre nationalen Haushalte in Ordnung zu bringen.

Die Jahre 2011 und 2012 waren geprägt von umfassenden Antworten auf die Krise, aber auch von der Arbeit an vorbeugenden Maßnahmen, um Situationen wie nach 2008 in Zukunft zu vermeiden: Der Fiskalpakt, mit dem sich EU Staaten Fiskaldisziplin und Stabilität mit automatischer Schuldenbremse und einem Korrekturmechanismus verschrieben haben, wurde ausverhandelt und ist seit 1. Jänner 2013 in Kraft; Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) kann seit Oktober 2012 mit einem Stammkapital von 700 Mrd. Kredite an Staaten mit vorübergehenden Liquiditätsproblemen vergeben; Gleichzeitig soll ein Pakt für Wachstum und Beschäftigung Maßnahmen setzen, um die sozialen Folgen der Krise in den Griff zu bekommen; Das sog. „Six-pack“, das sechs Instrumente zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung der Euro-Staaten enthält, trat in Kraft, die Verhandlungen eines „Two-pack“, das weitere Maßnahmen zur verstärkten Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik von Mitgliedstaaten beinhaltet, soll in Kürze abgeschlossen werden. Um Bankenrisiken in Zukunft zu verhindern, die eine Rettung durch die öffentliche Hand erforderlich machen, wurden erste Schritte in Richtung einer Bankenunion erarbeitet. Im Dezember einigten sich die EU-Finanzminister auf eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, ein wichtiger Schritt, die den europäischen Bankensektor zusätzlich stabilisieren und neues Vertrauen schaffen soll. In der zweiten Jahreshälfte 2012 stellte ein Bericht von Präsident Van Rompuy in Zusammenarbeit mit den Präsidenten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe Elemente zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vor. Im Dezember 2012 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Fahrplan zur weiteren Vertiefung der WWU. Die Krise startete somit den Reformmotor in der EU, der weiterhin auf Hochtouren laufen muss.

2013 muss es wieder um Zukunftsthemen gehen

Das Jahr 2013 steht einerseits im Sinne der Stabilisierung und Erholung im Zeichen der operativen Umsetzung der bereits gefassten Beschlüsse im Wirtschafts- und Finanzbereich sowie der Erarbeitung weiterer Elemente der Bankenunion. Andererseits dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass der globale Wettbewerb weiter besteht, und dass die EU dringend ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern muss, um mit den USA, China, Indien oder Brasilien mithalten zu können. Die EU muss sich daher nach der Krisenbewältigung nun wieder Zukunftsthemen widmen. Nur mit Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit kann der dramatisch gestiegenen Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen, der Kampf angesagt werden.

Bei allen Reform- und Integrationsschritten im Wirtschafts- und Währungsbereich, die notwendig sind, um den aktuellen Herausforderungen Stand wirksam begegnen zu können und um global wettbewerbsfähig zu bleiben, darf ein wesentlicher Faktor nicht vergessen werden: Die voranschreitende Entfremdung der Mehrzahl der europäischen Bürger, die zu wenig informiert und mit einbezogen wenig Verständnis für Entwicklungen auf EU-Ebene haben. Die große Herausforderung der kommenden Jahre – und insbesondere auch im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 – wird daher die Überwindung der Kluft zwischen EU-Politik und Bevölkerung sein. Es ist daher begrüßenswert, dass der irische Ratsvorsitz demokratische Legitimation, Institutionenreform und EU-Kommunikation als Arbeitsschwerpunkte festgelegt hat.

Integration und Erweiterung – trotz Krise

Die aktuellen Herausforderungen verdecken den Blick auf die unbestreitbaren Vorteile der EU und unserer Mitgliedschaft, dabei ist eines unbestritten: die EU ist das weltweit erfolgreichste Friedensprojekt und hat eine einzigartige Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands geschaffen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union war ein richtiges Zeichen, ist jedoch gleichzeitig Auftrag, dieses Projekt weiter zu entwickeln und die Stabilität am Kontinent zu fördern. Der EU-Erweiterungsprozess ist dabei ein wichtiges Instrument, das nicht ausgesetzt werden darf. Allerdings hat die Krisenbewältigung bei einer Reihe von Mitgliedstaaten zu Ermüdungserscheinungen beim Thema Erweiterung geführt. Nun gilt es, wieder über den Tellerrand zu blicken und sich der Zukunft des Kontinents zu widmen, die weißen Flecken in Südosteuropa zu schließen. Kroatien hat 2012 die Zielgerade für den EU-Beitritt erreicht, die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro wurden aufgenommen und Serbien wurde der Kandidatenstatus zuerkannt. 2013 dürfen nicht nur die notwendigen und technischen nächsten Schritte getan werden, es muss wieder Dynamik in den Prozess kommen. Konkret erwarten wir uns die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Mazedonien, den Kandidatenstatus für Albanien und die Aufnahme von Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit dem Kosovo. In Bosnien-Herzegowina müssen noch weitere Reformen umgesetzt werden, bevor das Land einen Beitrittsantrag stellen kann. Die Staaten am Westbalkan brauchen konkrete Perspektiven, damit die EU ein glaubwürdiger Partner bleibt. Nur so können wir sicherstellen, dass die politischen und wirtschaftlichen Reformen im Sinne europäischer Werte weiter vorangetrieben werden. Wir sind dabei, die Krise in Europa zu bewältigen, nun müssen wir uns wieder unserer unmittelbaren Nachbarschaft widmen und die Stabilitätszone ausbauen.